

Klimaschutz und Energiepolitik

Der Klimawandel wird als eines der größten weltweiten Probleme gesehen. In den letzten hundert Jahren ist eine weltweite Temperaturerhöhung um 0,7 Grad zu verzeichnen gewesen. Auch Baden-Württemberg ist vom Klimawandel betroffen: Die Jahresmitteltemperatur hat sich in den letzten 50 Jahren um 1,5 Grad erhöht. Jedes Jahr gibt es 30 Tage weniger Frost, die Sommertage hingegen haben um 20 Tage pro Jahr zugenommen. Die Anzahl der Tage mit Starkniederschlägen hat sich um elf Tage pro Jahr erhöht.

Hauptverantwortlich für den **Klimawandel** sind die CO₂-Emissionen. Diese sind zwischen 1990 und 2002 weltweit um annähernd 20 % angestiegen. Als globales Problem muss der Klimaschutz in erster Linie auf internationaler Ebene angegangen werden.

Auf internationaler Ebene ist das Kyoto-Protokoll Grundlage der Klimaschutzpolitik. Das Protokoll stellt die erste völkerrechtlich verbindliche Einigung zum Klimaschutz dar. Problematisch ist allerdings, dass zum einen die USA dem Protokoll nicht beigetreten sind. Zum anderen wurden für die Entwicklungs- und Schwellenländer, in denen derzeit der stärkste Anstieg bei den Treibhausgasemissionen zu verzeichnen ist, keine eigenen Minderungsverpflichtungen festgelegt. Das Kyoto-Protokoll in seiner derzeitigen Form ist daher nicht ausreichend, um den gefährlichen Klimawandel zu vermeiden. Vielmehr brauchen wir eine Weiterentwicklung, ein „Kyoto Plus“. Die bislang abseits stehenden Entwicklungs- und Schwellenländer müssen aktiv in das Weltklimaschutzsystem einbezogen werden. Auch die so genannten flexiblen Instrumente oder Kyoto-Mechanismen müssen endlich zum Einsatz kommen. Bei richtiger Anwendung dieser marktorientierten Instrumente können die weltweiten Klimaschutzziele wirksam und kosteneffizient erreicht werden.

Was leistet Baden-Württemberg im Klimaschutz?

Der Anteil Baden-Württembergs an den weltweiten CO₂-Emissionen liegt bei 0,3 %. Dieser verhältnismäßig geringe Beitrag zum Klimawandel entbindet uns aber nicht von der Verpflichtung zu eigenen Anstrengungen im Klimaschutz. Wir können nicht von anderen Ländern Investitionen in den Klimaschutz fordern, ohne selbst aktiv zu

werden. Wir sehen uns deshalb in der Pflicht, ebenfalls unsere Hausaufgaben zu machen und als industrialisiertes Land einen wichtigen Beitrag in der Klimapolitik zu leisten. Die Landesregierung will mit seiner Klimapolitik aber auch Impulse setzen, sowohl deutschlandweit als auch über unser Engagement bei internationalen Klimakonferenzen. Eine zentrale Antwort auf die Klimaproblematik ist das Klimaschutzkonzept für Baden-Württemberg. Damit hat die Landesregierung auf die aktuellen Herausforderungen im Klimaschutz reagiert und Leitlinien sowie konkrete Handlungsrahmen für eine konsequent klimafreundliche Politik des Landes festgelegt. Diese beginnen bei der Gebäudesanierung, Mobilität, Energieeffizienz, Energieeinsparung in Landesgebäuden, reichen über den kommunalen Klimaschutz bis hin zu erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung. Parallel werden Anstrengungen von Unternehmen, Bürgern und Kommunen im Land für mehr Klimaschutz unterstützt.

Mit dem Förderprogramm „Klimaschutz Plus“ hat das Umweltministerium ein innovatives Anreizsystem geschaffen. Es ist ein technologieoffenes Förderprogramm und deshalb besonders effizient. Seit Bestehen des Programms haben wurden über 1.200 Anträge mit einem Fördervolumen von knapp 25 Mio. Euro bewilligt. Dadurch wurden Investitionen in Höhe von über 145 Mio. Euro ausgelöst, durch die wir über 1 Mio. Tonnen CO₂ einsparen konnten. Für die Nutzung der Erdwärme sind seit 2005 zusätzlich 2 Mio. Euro an Fördermitteln bereitgestellt worden.

Die Kosten für die ökologische Umgestaltung unseres Energiesystems tragen letztlich die Bürger. Deshalb steht für uns die **Kosteneffizienz** an oberster Stelle. Die CO₂-Emissionen müssen auf diejenige Weise und an der Stelle reduziert werden, wo es am kostengünstigsten ist. Eine technologieoffene Ausrichtung ist daher die sinnvollste Strategie.

Der **Ausbau der erneuerbaren Energien** ist mir dabei besonders wichtig. Sie sind eine wichtige Säule einer künftigen Energieversorgung. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz, tragen zur Versorgungssicherheit bei und bieten qualifizierte Arbeitsplätze. Das Land strebt an, den Anteil der erneuerbaren Energie am Primärenergieverbrauch auf 4,8 % und an der Stromerzeugung auf etwa 11,5 % gegenüber dem Jahr 1997 zu verdoppeln. Allein durch die dezentrale Nutzung von Biomasse (einschließlich Holz) sollen bis 2010 2,5 % des Primärenergieverbrauchs

im Land gedeckt werden. Nachdem sich das Land erfolgreich für die Aufnahme der Großen Wasserkraft eingesetzt hat, wird mit dem Neubau des Kraftwerks Rheinfelden das größte Ausbauprojekt in Deutschland realisiert. Das Land setzt sich dafür ein, dass der Anteil der Stromerzeugung der erneuerbaren Energien in Deutschland auch über das Jahr 2010 hinaus weiter zügig ausgebaut wird und in Deutschland bis 2020 mindestens ein Anteil von 20 % erreicht wird. Nachdem im Strombereich der Ausbau der erneuerbaren Energien Erfolge vorweisen kann, gilt es jetzt zunehmend auch den Bereich regenerativer Wärme zu erschließen. Wir haben im Land mit der Förderung von Erdwärmesonden für die Beheizung von Wohngebäuden eine Vorreiterrolle übernommen und gezeigt, dass die Bürger bereit sind dies aufzugreifen. Im Bereich regenerativer Wärme, der Nutzung von Holz, Erdwärme und Solarthermie liegt ein hohes Potential. Die Landesregierung unterstützt deshalb die Einführung eines regenerativen Wärmegesetzes in Deutschland. Aus Gründen der Luftreinhaltung (insbesondere Feinstaubproblematik) muss allerdings der verstärkte Einsatz von Biomasse in Verbrennungsanlagen einhergehen mit der Weiterentwicklung von Techniken zur sauberen Verbrennung und die Anpassung der gesetzlichen Vorgaben auf diese modernen Techniken erforderlich.

Das Thema „Klimaschutz und Energiepolitik“ kann nicht losgelöst von der Frage nach der Nutzung der Atomenergie diskutiert werden. Nach meiner Überzeugung ist der Ausstieg aus der **Kernenergie** aus sicherheitstechnischen Gründen nicht notwendig. Aus wirtschaftlichen, energie- und umweltpolitischen Gründen ist er eine falsche Entscheidung. Bei der Abschaltung aller Kernkraftwerke im Land müssten fast 60 % des benötigten Stroms anderweitig bezogen oder erzeugt werden. Ersatzstrom kann auf zwei Wegen beschafft werden. Entweder wird Strom – und das ist zum wesentlichen Teil auch "Atomstrom" – aus dem Ausland eingekauft oder es muss ein massiver Zubau von fossilen Kraftwerken in Deutschland erfolgen. Der CO₂-Ausstoß im Land wäre dann allerdings etwa 50 % höher. In Zahlen bedeutet dies, dass die Umwelt statt mit 78 Mio. Tonnen mit 110 Mio. Tonnen CO₂ im Jahr belastet würde. Würden alle Kernkraftwerke in Deutschland durch Steinkohlekraftwerke ersetzt, würde dies den CO₂-Ausstoß um noch einmal die gleiche Menge ansteigen lassen, die dem Gesamtausstoß des Autoverkehrs in Deutschland entspricht. Den Strombedarf durch erneuerbare Energien abzudecken ist kurz- und mittel- und auch langfristig nicht rea-

listisch. Die Landesregierung von Baden-Württemberg setzt auf einen sinnvollen und tragfähigen Energiemix, d.h. auf Vielfalt bei der Energieerzeugung.

Die Kernenergie ist in den nächsten Jahrzehnten im Energiemix der Stromerzeugung unverzichtbar. Sie trägt zum Klimaschutz, zur Versorgungssicherheit und zur Preisstabilität bei. Sie hat eine Brückenfunktion beim Übergang zu regenerativen Energiequellen. Aufgrund der Zeitdauer und des Investitionsumfangs eines solchen Übergangs sind längere Laufzeiten der Kernkraftwerke erforderlich. Längere Laufzeiten der Kernkraftwerke sind daher zu ermöglichen. Sie sollen genutzt werden, um die erneuerbaren Energien weiter zu entwickeln und deren Anteil an der Energieversorgung zu erhöhen.

Hintergrundinformation:

Vier der siebzehn in Deutschland betriebenen Kernkraftwerke stehen in Baden-Württemberg, jeweils zwei Blöcke an den Standorten Philippsburg und Neckarwestheim. Aus ihnen stammt mehr als die Hälfte des im Land erzeugten Stroms. Das fünfte Kernkraftwerk im Land, das Kernkraftwerk Obrigheim, wurde aufgrund der von der rot-grünen Bundesregierung eingeführten Laufzeitbegrenzung im Mai 2005 abgeschaltet.

Die Kernkraftwerke in Baden-Württemberg unterliegen einer strengen staatlichen Überwachung. Weiterentwicklungen in der Technik und Erkenntnisse aus dem Betrieb wurden konsequent zur weiteren Verbesserung genutzt. Gerade in den älteren Kernkraftwerken wurden umfangreiche Nachrüstungen vorgenommen, deren finanzieller Aufwand die ursprünglichen Errichtungskosten sogar übersteigt. Die Kernkraftwerke sind heute sicherer als zum Zeitpunkt ihrer Errichtung. Sie weisen ein Sicherheitsniveau auf, das international für Neuanlagen empfohlen wird. Sicherheitstechnisch gibt es keinen Grund, solche Kernkraftwerke bereits nach 32 Jahren abzuschalten. Die bestehende Laufzeitbegrenzung stellt eine volkswirtschaftliche Verschwendung dar, die die Stromkunden im Endeffekt zu bezahlen haben.